



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 139 (1928)

16 (10.1.1928) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-343991](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-343991)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Druckpreis: In Mannheim u. Umgebung freies Haus oder durch die Post monatl. R. M. 2,80 ohne Bestellgeld. Bei erst. Kündigung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postkontonr. 17800 Karlsruhe. Haupt-Geschäftsstelle R. G. 2. Haupt-Nebenstelle, R. 1. 4. 6. (Bismarckhaus), Geschäfts-Nebenstellen: Waldhofstr. 8, Schweglingerstr. 19/20 u. Neerfeldstr. 13. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentl. 12mal. Preisprophet 24944, 24945, 24951, 24952 u. 24953

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung je einschl. Kolonien für Allgem. Anzeigen 0,40 R. M. Restanten 3-4 R. M. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen-Vorarbeiten für bestimmte Tage, Stellen u. Anzeigen wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gebote, Streiks, Verwicklungen usw. berechnen zu keinen Ursachensprüchen für ausfallende od. beschlagnahmte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. Gerichtsstand in Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel, Aus Zeit und Leben, Mannheimer Frauenzeitung, Unterhaltungs-Beilage, Aus der Welt der Technik, Wandern und Reisen, Gesetz und Recht

Ein englischer Sicherheitspakt

Das englische Auswärtige Amt arbeitet an einem neuen Sicherheitsvorschlag

Als Gegengewicht gegen den Balkvorschlag Amerikas

London, 10. Jan. (Von unserem Londoner Vertreter.) Wie ich erfahre, bereitet das Foreign Office Pläne für einen umfassenden Sicherheitsvertrag vor, der dem Völkerbund noch vor Mitte Januar überreicht werden wird. Wie bekannt, hatte das Sicherheitskomitee am 2. Dezember die beteiligten Regierungen aufgefordert, Vorschläge für die weiteren Arbeiten der Kommission bis zum 1. Januar zu unterbreiten. Nur wenige Länder, darunter vor allem Schweden, haben diese Anregung befolgt. Die englische Regierung hat kurz vor dem 1. Januar dem Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß sie einen ausführlichen Vorschlag vorbereitet und um eine Fristverlängerung bis zum 15. Januar gebeten. In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß in diesen Plänen der Grund für die auffallend ausgeprägte Ablehnung des amerikanischen Friedensvorschlags zu suchen sei. Man rechnet damit, daß die englische Note an den Völkerbund ein Dokument von außerordentlicher politischer Bedeutung darstellen wird.

Die Sachlieferungen im Jahre 1928

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Minister für öffentliche Arbeiten, Lardieu, nun das Sachlieferungsprogramm für das Jahr 1928 endgültig aufgestellt. Die Sachlieferungen, die von Deutschland in diesem Jahre verlangt werden, sind um 200 Millionen Mark höher als im Jahre 1927 und belaufen sich auf insgesamt 800 Millionen M. Es sollen an Sachlieferungsarbeiten ausgeführt werden:

- Im Hafen von Dänkirchen: Vertiefung des Hafenbeckens 50 Mill., Konstruktion eines neuen Vorhafens 120 Mill.;
- Im Hafen von Boulogne: Vollendung der Deichbauten 120 Mill.;
- Im Hafen von Le Havre: Vertiefung der Schiffsfahrtsrinne 55 Mill., Erweiterung des südlichen Hafenteiles 125 Mill., Lieferung eines Schwimmdocks von 25 000 t 35 Mill., Erweiterung der Schiffsfahrtsrinne von Le Havre nach Rouen 72 Mill.;
- Im Hafen von Cherbourg: Bau eines neuen Anladefahls 32 Mill.;
- Im Hafen von St. Malo: Lieferung neuer Kutschleusen 7 Millionen;
- Im Hafen von St. Nazaire: Anlegung eines neuen Hafenbeckens für große Ueberleedampfer 80 Millionen;
- Im Hafen von Nantes: Ausbau der Einfahrt 25 Mill.;
- Im Hafen von La Rochelle: Bau neuer Kais 94 Mill.;
- Im Hafen von Bordeaux: Anlage eines neuen Anladefahls 50 Mill.;
- Im Hafen von Bayonne: Lieferung eines Baggers 3,5 Millionen;
- außerdem für Kanalbauten an der Seine 67 Mill., an der Saone 31 Mill., an der Dife 1,7 Mill. und am Rhein-Marne-Kanal 0,24 Mill.

Dieses Sachlieferungsprogramm ist so umfangreich, daß es wohl kaum in Jahresfrist durchgeführt werden kann. Sollten diese Angaben zutreffen, so ist anzunehmen, daß wohl die Beihilfen in diesem Jahre ausgesetzt werden soll, ein Teil der Kosten aber schon für das nächste Jahr veranschlagt ist. So erklärt sich auch die erhebliche Differenz zwischen der aus den einzelnen Positionen zu errechnenden Gesamtsumme und dem oben angegebenen Betrag von 800 Millionen.

Klerus und Parteikampf in Polen

(Von unserem Warschauer Vertreter)

Der katholischen Kirche, sofern sie als politischer Faktor auftritt, wird vielfach eine durch ihre geistliche Ueberlieferung und Erfahrung angesammelte Erbschaft nachgerühmt. Es ist im Hinblick hierauf umso bemerkenswerter, wie verschieden sich diese weltwirkende und überationale Potenz gegenwärtig zu den verschiedenen tiefeingreifenden staatsreformistischen Neubildungen verhalten. Man denke da etwa an Italien, wo der Papsttum der Kirche unverkennbar willkommener ist als die vorausgegangene parlamentarisch-sozialisierende Epoche. Auch in Polen sehen wir das Regime Pilsudski gewissen Reformungen der staatsrechtlichen Verhältnisse zustreben. In einem von altersher dem Katholizismus so treu vertriebenen Lande wird die Frage dabei umso beachtlicher: was sagt der Klerus dazu?

Dem neuerstandenen Polen hat der Vatikan, alle Traditionen forsetzend, manche wertvolle Günstigkeiten erwiesen. Die Stärkung der polnischen Staatsidee auf dem polnischen Territorium fand insbesondere unter dem Pontifikat des gegenwärtigen Papstes Pius XI. der 1919-1921 als Monarch-nore Ratti Runtius in Warschau war, manche Hilfe von Rom. Im 1924 geschlossenen polnischen Konkordat kommt das grundsätzlich zum Ausdruck. Andererseits zeigt die katholische Kirche als politischer Machtfaktor ihre Wünsche und Ansprüche als politische Machtstellung im polnischen Staat, der ein katholischer Staat sein soll. Sie rechnet auf eine Anwendung geeigneter Staatsmittel, um mit ihr in Wettbewerb stehende oder ihr feindliche Richtungen religiöser, arbeitsloser oder gar antireligiöser Natur zu beschränken.

Infolgedessen hat es sich nicht vermeiden lassen, daß die römisch-katholische Kirche selbst in die Parteikämpfe gezogen wurde. Die Parteien der Rechten sind Befürworter ihrer Ansprüche auf Vorrang und Einfluß; die Bauernpartei plädiert für Schwankend, aber neuerdings (aus im Weiteren darzulegenden Gründen) kirchenfreundlicher als zuvor; die Sozialisten fordern, wie üblich, die Trennung von Kirche und Staat, aber auch die zwischen ihnen und dem Pakt stehenden Agrarradikalen sind ablehnend gegen jeden Merkantilismus. Dies ist das Schema.

Der Minister war allen kirchlich gerichteten Gruppen nicht willkommen. Von Pilsudski, dem polnischen Diktator, habe sich wie von seinem Uebeligen gesagt: „Weiß doch keiner, woran der glaubt.“ Nicht daß er jemals dem Bekenntnis, in dem er erzogen wurde, die äußere Achtung versagt hätte. Aber niemand befreit, daß der Marschall sich zur Kirche kühl verhält. Von seiner Anhängerenschaft aber wird man es noch mehr sagen müssen. Denn schließlich kann es sich nicht verhehlen, daß der Stamm der Pilsudskisten einst aus patriotisch gesinnten Sozialrevolutionären und aus radikaler Intelligenz bestand, wobei auch der jüdische Einfluß nicht fehlte. Daher der Feldzug der Gegner des Pilsudskisten: „Juden sind sie, Freimaurer, Kirchenfeinde!“ Dies man die pilsudskistische Presse wie den „Glos Prawy“ oder das Organ des Ministerpräsidenten Partel „Epoka“, so erhält man übrigens in der Tat den Eindruck, daß die gegenwärtigen Offizialen und Halboffizialen zum mindesten antiklerikal und religiös freisinnig sind. Und zwar so unverhüllt, daß schon einmal eine Bischofskonferenz (1926) dagegen Stellung nahm.

Während des vergangenen Jahres hat man sich beiderseits beobachtend verhalten. Sehr charakteristisch waren die Vorgänge im Kultusministerium. Die Leitung dieses Ministeriums wurde einem aus seiner früheren Tätigkeit als freisinnig gekannten Manne, Dobrudzi, anvertraut; aber gerade Dobrudzi ging aus tatsächlichen Gründen sehr vorzüglich zu Werk. Seine Parole in allen für die Kirche kritischen Fragen (Bereinigung des Ehrentitels, Kirchengüterfrage usw.) war: quies non movetur! Von den weltlichen Zentralbehörden wurde den kirchlichen Autoritäten gegenüber Wert auf korrekte Beziehungen gelegt. Irgend ein wichtigeres Ereignis, über das die Kirche verstimmt zu sein Anlaß gehabt hätte, war nicht zu verzeichnen.

Dennoch hat es sich gezeigt: die Kirche hat kein Vertrauen. Es trat der Augenblick ein, wo sie dem Pilsudskiregime einen entscheidenden Dienst hätte erweisen können, der ihr, auf die nächste Zukunft gesehen, gewiß nicht unbelohnt geblieben wäre. Diesen Augenblick bot die jüngst begonnene Wahlkampagne. In diese hat die geistliche Obrigkeit nun sogar mit einer Behemung eingegriffen, die Erkennen erregen mußte. Am gleichen Tage, am 5. Dezember, an dem die amtliche Ausschreibung der Wahlen veröffentlicht wurde, nahm der polnische Episkopat durch einen Hirtenbrief bereits dazu Stellung. Dieser Hirtenbrief war eine Art Wahlmanifest an die Gläubigen.

Was aber war darin gesagt? Natürlich kam keine Abfrage expressis verbis gegen die heutige Regierung darin vor. Es fanden sogar einige Gefälligkeiten für das Pilsudskiregime darin, wenn a. D. das Ueberwachen des Parteigewisses gerügt und Bewegungsfreiheit für die Exekutive gefordert wurde. Mit solchen Wendungen wurden deutlich Notbrücken bereitgestellt für jegliche und für künftige, vielleicht noch mehr — musolinische Zeiten in Polen. Aber das waren alles nur Ausgleichsmomente, kleine Gegengewichte. Im Augenblick handelt es sich ja um die Wahlen. Und im Hinblick auf diese hat sich der polnische Episkopat mit dem Vollgewicht seiner Autorität für die Gegenseite eingesetzt.

Dem was hier es, wenn der Hirtenbrief die Vereinnahmung aller derjenigen empfahl, die auf gemeinsamem katholischen Boden stehen. Wenn er die Pflicht, in diesem Sinne vorzugehen, allen Gläubigen dadurch

Der Parteikampf um die Schule

Berlin, 10. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Heute beginnen vor den interfraktionellen Ausschüssen die Koalitionsverhandlungen über das Reichsschulgesetz, die der Reichsinnenminister v. Reudell bereits geltend in einer privaten Aussprache mit verschiedenen Abgeordneten vorbereitet hat. Der Streit, der jetzt begehrt werden soll, geht einmal um die geistliche Schulaufsicht. Die Deutsche Volkspartei ist, wie wir bereits dargelegt haben, mit dieser einverstanden, fordert aber, daß dieses Recht auf die obersten Stellen der Religionsgemeinschaften beschränkt bleibt und nicht auf den Ortsgeistlichen ausgedehnt werden soll.

Schwieriger dürfte sich die Einigung über den § 20 gestalten, der vorsteht, daß das neue Schulgesetz in den Ländern Baden und Oesterreich, sowie in dem früheren Herzogtum Nassau erst 5 Jahre nach seiner Verkündung in Kraft treten soll. Der Gegenantrag lautet auf eine Frist von zehn Jahren. Die Deutsche Volkspartei hat wiederholt erklärt, daß sie von ihrem Standpunkte nicht abgehen könne und vom Zentrum Entgegenkommen erwarte. Auf die Kostenfrage, die eigentlich an erster Stelle stehen müßte, soll erst eingegangen werden, sofern es gelingt, in den erwähnten Punkten eine Verständigung zu erzielen. Wie es heißt, hält der Reichsinnenminister v. Reudell Kompromißvorschläge bereit. Am Mittwoch wird eine weitere Besprechung stattfinden, zu der auch Mitglieder der Regierungsparteien, die sich in erster Linie mit dem Gesetz befassen und Referenten des Reichsinnenministeriums ausbezogen werden sollen.

Kritik des Lutherbundes

Berlin, 10. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Der „Bund zur Erneuerung des Reiches“ findet in der National-liberalen Korrespondenz eine etwas kühle Begrüßung. Es heißt da u. a.: „Bis jetzt hat die Aussprache über die Frage der Verwaltungs- und Verfassungsreform und des Einheitsstaates neue Probleme aufgeworfen, nicht aber alle gelöst. Es sind zweifellos neue Einsichten gewonnen worden, aber eine klare Uebersicht über den nächsten Weg zu dem großen Ziel der notwendigen Verwaltungs- und Verfassungsreform ist der Öffentlichkeit nicht vermittelt worden. Die Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten im Landtag über die Aufgaben der bevorstehenden Länderkonferenz und das beschlossene Programm, das der Staatssekretär Dr. Pünder dafür umrissen hat, sind nicht besonders ausschlüssend, nicht einmal besonders optimistisch. Freilich vermeidet auch der Aufruf des Bundes zur Erneuerung die Festlegung auf ein besonderes Programm und die Kennzeichnung genauer Wege. Welcher liegen die Dinge zur Zeit so, daß selbst die Förderung nach Verwirklichung der Enklaven da und dort örtlichen Widerständen begegnet. Der Bund zur Erneuerung des Reiches findet also Arbeit genug vor.“

Als wertvollstes Attribut des Bundes gilt der offiziellen Korrespondenz der Deutschen Volkspartei die Persönlichkeit seines Führers Dr. Luther.

* Titular-Verhaftungen im Winzgebiet. Im Bezirk Pundst im Winzgebiet sind neuerdings etwa zehn Titular verhaftet und nach Suwalki gebracht worden.

Die Pilsudskim-Affäre

Berlin, 10. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) Das sich in den letzten Tagen in der Pilsudskimangelegenheit vor der Öffentlichkeit abspielt, hat, was eigentlich nur noch der Streit um die Verteilung der Beute. Gerade dieses Spiel aber hat keinerlei öffentliches Interesse, das würde höchstens den Anfängen der Affäre ankommen, aber die, vermutlich aus guten Gründen, aus diejenigen ein wohlthätiges Dunkel verbreitet haben, die sich am lebhaftesten über sie entzweifelten. Unter diesen Umständen ist es vielleicht nützlich, die Vorgeschichte ein wenig aufzuklären und einmal festzustellen, was wirklich gewesen ist. Soweit wir zu wissen glauben, hat sich die Sache folgendermaßen angetragen: Ein Offizier des Reichswehrministeriums hat seinerzeit aus einem ihm anvertrauten Dispositionsfonds u. a. Papieren auch Pilsudskifaktien gekauft. Er hat dabei sicher im besten Glauben gehandelt, was ihm vornehmlich war eine Anlage dieser Reichsgelder in Industriepapieren, aus deren Zinsen er dann die Ausgaben zu betreiben gedachte, für die jener Fonds bestimmt war. Der Offizier ist dabei — man wird das wohl so ausdrücken dürfen — hineingeleitet worden. Die Papiere, die ihm als todsicher angetragen worden waren, heilten nicht, was man ihnen versprochen hatte, und als ihr Kurs mehr und mehr sank, verfiel er auf die unglückliche Idee, sie zu halten. Indem er diesen Unternehmen Subventionen verschaffte. Das ist natürlich in jedem Belang unzulässig gewesen, und dafür ist der Schuldige, der mehrfach genannte Kapitän Lohmann, auch sofort entlassen worden. Damit aber ist, scheint uns, der Gerechtigkeit Genüge geschehen. Vor Verklarissen und vor Verklenden ist keine menschliche Institution sicher, keine Behörde, kein Privatunternehmen und also auch kein Ministerium. Das einzige, was man billigerweise anfordern hat, ist, das Remedium geschaffen wird, was in diesem Falle ja geschehen ist.

Engländer über Frankreichs Elsas-Politik

London, 10. Jan. (Von unserem Londoner Vertreter.) Die Vorrede in Elsas-Vortragungen haben in den letzten Wochen hier mehrfach lebhaftes Erörterungen in politischen Kreisen ausgelöst. Heute befaßt sich die liberale Westminster Gazette in einem Leitartikel mit der französischen Elsaspolitik und erklärt, daß die offensichtliche Unzufriedenheit der dortigen Bevölkerung mit den französischen Verwaltungsmethoden in anderen Ländern einen sehr starken Eindruck machen muß. Es sei ganz klar, daß die Unzufriedenheit dieses Volkes sehr stark sei, auch wenn die offiziellen Elsasverträge sich sonst anerkennen. Frankreich habe durch seine Politik, Elsas-Vortragungen in das zentralistische Staatsystem der Republik hineinzumischen, die Fähigkeit, mit der das Volk an seiner Sprache, Religion und Kultur hänge, nicht brechen können. Die Unterdrückung deutschsprachlicher Reaktionen, die Hausbesuchen und Verhaftungen autonomistischer Führer hätten nicht mehr erreicht, als die Bewegung zu einer unterirdischen zu machen. Die Forderung der Autonomie nach kultureller Freiheit werde überall Sympathie finden und Frankreich könne den schlechten Eindruck der jüngsten Vorrede nur dadurch beseitigen, daß es eine freiere Haltung einnehme. Sowohl Unzufriedenheit wie Ehre müßten Frankreich zur Rechtfertigung gewinnen.

dringend machte, daß er die Zersplitterung der katholischen Front verurteilte und die Veräusserung der Wahlpflicht gerade als Unterlassungssünde bezeichnete. Was der Pilsudskiismus auch mit der Kirche letztlich beabsichtigt verfahren sein, das auf seiner Seite nicht die katholische Einheitsfront zu suchen ist, liegt am Tage. Die paar konfessionellen Plagiaten, Offiziere ohne Soldaten, die von rechts her Anschluss an Pilsudski suchen, ändern daran nichts Wesentliches. Die grundsätzliche der Kirche ergebene Elemente, die auch im politischen Sinne katholischen Elemente, haben ihren Grundstock gerade im Lager der Feinde des gegenwärtigen Regimes.

Die erneuerte Ideologie der Nationaldemokraten und ihres organisatorischen Ueberbaus, des sogenannten Lagers des großen Volens, die Roman Dmowski neuerdings entwickelte, hat den Bund des polnischen Nationalismus mit dem Merkmalismus nur noch enger geknüpft. Der ganze wirtschaftliche Plan der „Sanatoren“, d. h. der Pilsudskistenpartei, beruht darauf, die Feinde zu spalten und die Nationaldemokratie zu isolieren. Dieser Absicht ist der Hirtenbrief des Episkopats rückwärts in die Parole gefahren.

Dieser Vorgang ist ohne Zweifel sehr interessant und, wie wir schonen will, der weltanschaulich in der ganzen bisherigen Wahlkampagne in Polen. Wohin zielt, so fragt man sich, das hohe Kollegium der Kirchenfürsten in Polen? Gewiß nicht auf einen offenen Konflikt mit der gegenwärtigen Regierung. Daran wurde schon hingewiesen. Ueber manche Dinge findet man mit der bereits vorhandenen Halbdiktatur eine gemeinsame Sprache; man wird sie auch mit der künftigen andersartigen Diktatur finden. Nicht man das Recht des bisher Geschehenen, so muß es dahin lauten, daß die kirchliche Stellung in Polen einen modus vivendi mit dem persönlichen Regime Pilsudskis fortzusetzen, nicht abgeben sein dürfte. Aber ein politisches Sprichwort lautet: „Die Axt überlebt den Ast.“ Welche Pilsudski trägt etwas menschliches zu, kann sich die Kirche irgendwie mit den Pilsudskisten einlassen? Der Hirtenbrief sagt: Nein!

Hochverratsprozess in Leipzig

100 Zeugen

Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts begann heute (Dienstag) der Prozess gegen den Landwirt Johann Schreck, den Kaufmann Karl Hermann Koch und den Schlosser Gerhard Emil Schulz, sämtlich aus Berlin, die des Landesverrats, des Verrats militärischer Geheimnisse und des Meineids beschuldigt werden. Schreck wird beschuldigt, wichtige, geheimhaltende Nachrichten dem polnischen Spionagedienst verkauft zu haben. Der Angeklagte Koch soll mit dem französischen Spionagedienst in Verbindung gestanden und der Angeklagte Schulz einen Meineid geleistet haben, um dem Koch zu helfen.

Das vorliegende Material ist außerordentlich umfangreich. Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt etwa 100. Der Prozess beansprucht außerordentlichem Interesse und erregt deshalb besonderes Aufsehen, weil es sich um ein Verbrechen handelt, das die deutschen Interessen aufs heftigste gefährdet und die deutsche Außenpolitik sehr erschwert hat. Die von Schreck an die polnische Regierung verkauften Nachrichten sind von Polen bei den Botschaftsverhandlungen über den Abzug der Militärkontrollen in einem Sinne verwandt worden, der

die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verzögerte.

Während des Krieges spielte Schreck in der Schweiz eine zweifelhafte Rolle als politischer Agent, wurde aber schließlich von den schweizerischen Behörden wegen Dokumentenfälschung verhaftet. Seitdem gelang es ihm, nach Deutschland zu entfliehen. In Süddeutschland siedelte er sich mit dem in der Schweiz erworbenen Gelde als Grundbesitzer an und wurde sogar Kreisratsmitglied. Nach der Stabilisierung erlitt er einen wirtschaftlichen Zusammenbruch, ging nach Berlin und beschäftigte sich mit der Herstellung gefälschter Dokumente, die er an fremde Regierungen verkaufte. Er fertigte Verträge an, die angeblich von den auswärtigen deutschen Missionen kommen sollten, ebenso Protokolle über die Tätigkeit der vaterländischen Verbände. Er ließ auch eine Reihe von Schriften: „Probleme der Landesverteidigung“ erscheinen, wobei er Material in einer Weise verarbeitete, die den deutschen Interessen schädlich war. Schreck verwandte fälschliche Stempel und besaß eine eigene Druckmaschine.

Der Mitangeklagte Koch wurde schließlich Schrecks Mitarbeiter und arbeitete in seinem eigenen Interesse, indem er Schriftstücke, die er für Schreck anfertigen sollte, an die Franzosen verkaufte.

Zu der Verhandlung sind neben den zahlreichen Zeugen auch mehrere Sachverständige geladen. Senatspräsident Reichert hat den Vorsitz, berechnet die Prozessdauer auf drei Wochen. Bei dem großen Interesse, das die Allgemeinheit an diesem Prozess hat, beabsichtigt er, die Verhandlungen in voller Öffentlichkeit zu führen und höchstens bei Beratung der militärischen Sachverständigen für kurze Zeit die Öffentlichkeit auszuschließen. Dann wird in die Vernehmung der Angeklagten eingetreten.

Rastelli jongliert

Zum bevorstehenden Auftreten des berühmten Jongleurs im Apollotheater (vom 18. Januar an)

Groß flammte das Rampenlicht auf, die Musik intonierte einen Takt, der Vorhang geht auf; Rastelli. Da steht er nun, in einem seidnen Anzug, lächelnd, und für den Beifall, mit dem man ihn begrüßt, dankend, und dann beginnt er mit seinen Kunststücken. Bunste Bälle wirbeln durch die Luft und wieder laufen die Stäbe zur Decke. Rastelli dirigiert sie mit seinen Händen, mit seiner Geschicklichkeit, seiner Intelligenz. Was er zeigt, ist unerhört; was er macht, ist unglaublich. Das ist nicht mehr Jonglergeschicklichkeit, das ist Zauber. Aber wie er es macht, das ist auch zauberhaft. Rastelli hat sehr schöne Augen. Sie sind schnell wie die Augen eines Tieres, und er selbst ist schnell wie ein Biest. Wenn er arbeitet, steht man es, wie er hinter den Bällen herläuft, wie er springt oder wie er sich an der Erde windet und immer wieder seinen Bällen und Stöcken seinen Willen aufzwingt. Und hat er sie bezwungen, hat er sie bekämpft, tobt sich seine Sieges-, seine Arbeits-, seine Lebensfreude in einem ganz sinnlosen Sprung aus. Er stampft die Erde, die er befreit hat. Das Publikum röhrt — und er steht ganz ruhig, ganz still und sieht mit seinen Augen, schnell wie ein Adler, hinunter ins Parterre. Bisulien ist er weg — und kragt sich in ein neues Abenteuer — wie ein Raubtier, wie ein Befehlener, wie ein Räuber. Geschicklichkeit — und wunder schön.

Gibt der Vorhang hoch, so spielt er schon mit seinen Bällen und Stöcken, jongliert mit einer Hand, wirft Bälle und Stäbe zugleich in die Höhe und fängt sie und wirft sie, man weiß nicht wohin. Es ist ein einziger, bunter, farbiger Wirbel in seinen Händen. Man weiß nicht, was man denken soll, es ist einfach unerhört. Mit einer Hand wirft er und fängt er und dreht zugleich mit der anderen auf einem Stäbchen einen Kessel, balanciert auf der Spitze einen Stab, hält darauf einen Hummelball im Gleichgewicht und dreht am rechten Fuß einen Reifen. Man ist fasslos. Doch Rastelli geht dies alles nicht an. Er freut sich wie ein großer Junge und macht weiter seine Kunststücke.

Er wirft einen Ball in die Luft. Mit dem Kopf, Rastelli steht ihm nach, sieht ihm so nach, wie wir es auch einmal als Kinder getan haben. Freundlich, wohlgefällig, doch ernst.

Polen und seine Nachbarn

Der polnische Außenminister Jaleski hielt Montag auf einem Bankett eine große Rede, in der er besonders die Frage der Beziehungen Polens zu seinen Nachbarn erörterte. Was er über das deutsch-polnische Verhältnis sagte, klang nicht unfreundlich. Der Minister erklärte u. a., der polnische Antrag zur Beilegung des Krieges auf der Septembertagung des Völkerbundrates habe seine Unfreundlichkeiten gegen die Nachbarstaaten enthalten sollen, womit offenbar die deutschen Befürchtungen vor einer internationalen Garantierung der heutigen Grenzen beschwichtigt werden sollen. Die auf dem Boden des Völkerbundespaktes mit Deutschland erreichte Zusammenarbeit berechtigt zu den besten Hoffnungen, was Deutschland namentlich gegenüber der polnischen Aktion zur Beilegung des Krieges und gegenüber dem polnisch-litauischen Konflikt beweise. Er hoffe, daß der Völkerbund sich künftig nicht mehr so oft mit deutsch-polnischen Fragen werde beschäftigen müssen. Weiter hoffe er, daß ein Umwandlung der öffentlichen Meinung in Deutschland zugunsten Polens einsehe. Man müsse in Deutschland die großen Vorteile einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und Polen nunmehr erkannt haben.

Auf Litauen übergehend, erklärte Jaleski, er glaube an einen Fortschritt in den polnisch-litauischen Beziehungen. Trotz der scheinbaren Unnahbarschaft Wolodemas schiene sich bei genauer Prüfung seiner Beziehungen doch eine nicht unwesentliche Aenderung des litauischen Standpunktes in bedeutenden Einzelfragen zu zeigen.

Was Rußland anlangte, so bekündete hinsichtlich des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes noch Schwierigkeiten. Die Beziehungen zu Rußland hätten jedoch eine Besserung erfahren.

Die deutsch-polnischen Beziehungen

Berlin, 10. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) In Berliner parlamentarischen Kreisen begrüßt man die gefragte Rede des polnischen Außenministers über die deutsch-polnischen Verhältnisse, die im erfreulichen Gegensatz zu den Auslassungen polnischer Regierungsvertreter der letzten Zeit sich eines wesentlich freundlicheren Tones befleißigt hat. Allerdings kann man Herrn Jaleski nicht zustimmen, wenn er die Entspannung zwischen Deutschland und Polen in ihrem Entstehen und ihrer Fortdauer einseitig nur durch eine Verständigung der öffentlichen Meinung in Deutschland begründet wissen will. Die Umkehrung der öffentlichen Meinung war und ist mehr noch in Polen die unerlässliche Voraussetzung für ein freundliches Verhältnis mit dem Reich. Es wäre nur zu wünschen, wenn sich Polen beispielsweise in der Behandlung der deutschen Minderheiten, besonders in den fast rein deutschen Gebieten Ostoberschlesiens, etwas toleranter geben würde.

Die widerspenstigen kommunistischen Deputierten

Paris, 10. Jan. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die heute wieder zusammentretende Kammer wird sich von neuem darüber auszusprechen haben, wie mit den 5 kommunistischen Deputierten, die wegen Pressebelästigung und antimilitaristischer Propaganda verurteilt wurden, zu verfahren ist. Die Meinungen über die rechtliche Stellung dieser Kommunisten gehen weit auseinander, vor allem scheint die Regierung nicht mit dem Kammerpräsidenten einig zu sein. Die Anjuristen, auf die sich der Kammerpräsident stützt, vertreten die Auffassung, daß mit Wiederbeginn der Session die provisorisch in Freiheit gesetzten Deputierten wieder automatisch durch die Parlamentarimmunität geschützt werden. Um ihnen diese Immunität zu rauben und sie wieder ins Gefängnis zu werfen, bedürfte es eines Beschlusses der Kammer. Andererseits wird von der Regierung geltend gemacht, daß die bedingungsweise Freilassung der Gefangenen nur für die Zeit der letzten Kammer-session Geltung hatte. Der damalige Beschluß behielt heute keine Gültigkeit mehr und die Verurteilten verdienen umso weniger Rücksicht, als sie sich während der Kammerferien vertriebt hielten, statt sich wieder im Gefängnis einzufinden. Gestern Abend fand im Innenministerium eine lange Konferenz zwischen den Beamten des Innenministeriums und den Polizeibehörden statt, in der alle Maßnahmen besprochen wurden, die für eine eventuelle Wiederverurteilung der fünf Deputierten angewandt werden sollen.

Heute vormittag wird sich auch der Ministerrat eingehend über diese Angelegenheit aussprechen.

Schweres Autobusunglück

Mailand, 10. Jan. Ein vom Markte in Radena zurückkehrender voll besetzter Autobus ist in der Nähe von Villa Maravaglia in einer Kurve ungesteuert und in einen Kanal links der Straße gefallen. Sechs der Insassen konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Drei Insassen wurden verletzt, während weitere drei mit dem Schrecken davonkamen.

wenn der Ball recht hoch emporfliegt. Aber so schnell wie er hochgeworfen wird, so schnell kehrt er auch wieder zurück. Aber Rastelli ist noch viel, viel schneller. Er weht, wohin der Ball fallen will. Also, was tut Rastelli? Er stellt sich in die Parabel seines Wurfs und schon ist der Ball wieder mitten auf seinem Kopf. Bist so fest, hart vor Stunden, er rührt sich nicht oder zittert nur ein ganz klein wenig. Ober Rastelli schert mit dem Ball, tut so, als wenn er ihn fallen lassen wollte, aber er läßt ihn nicht fallen, denn es ist ja doch nur ein Scherz. Rastelli hat über keine Bälle und Stäbe mögliche Gewalt. Er hält sie fest, wo es auch immer sei auf dem Scheitel, im Genick, auf der Stirn, auf der Wange, auf den Rechenstößen oder sogar auf der Fingerspitze.

Seine Leistungen steigern sich von Minute zu Minute. Er erweist und erfindet immer neue Schwierigkeiten. Hüpfen den Ball mit dem Kopf, mit dem Rücken, mit dem Fuß, schlenbert ihn in die Höhe, läßt ihn über seinen ganzen Körper laufen, um den Hals, um Brust und Rücken, und dann fälle stehen. Mit den Händen jongliert er neun Holzstäbe oder, was noch feiner vor ihm gelang hat und was kein berühmtester Trick ist, acht Feller. Das ist Rastelli.

Gustav A. Doering.

Einigen des Koblenzer Stadttheaters. Der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz hat den Stadtvorordneten eine Vorlage ausgehen lassen, in der er als Sparmaßnahme die Schließung des Stadttheaters verlangt. Der gegenwärtige Etat bleibt gegenüber dem Jahre 1927/28 um rund 7000 Mark zurück. Bei der außerordentlich schwierigen Finanzlage der Stadt Koblenz, die bekanntlich zu einer Zwangsversteigerung durch die Reichsfinanzbehörde führte, erklärt der Oberbürgermeister, eine Reorganisierung für die Weiterführung des Theaters nicht mehr übernehmen zu können.

Richard Wagner in Frankreich. Die Wagner-Opern beherrschten nach wie vor die Solopläne der französischen Opernhäuser, das Problem Wagner ist für Frankreich noch lange nicht erledigt. So beklagt sich die Pariser Kritik sehr entschieden über die mangelhafte Inszenierung der jüngsten Reinszenierung des „Rheingolds“ an der Großen Oper. Die Szenarien hätten auf die Zuschauer einen lächerlichen Eindruck gemacht. Ueberhaupt sei der ganze szenische Apparat der Großen Oper dringender Erneuerung bedürftig, eine Aufgabe von mehreren Millionen sei notwendig geworden.

Die Explosionkatastrophe in Dahlem

Berlin, 10. Jan. (Von unserem Berliner Büro.) In Berlin war gerüchtweise verbreitet, daß außer dem Besitzer der Dahlemer Unglücksvilla, Weingärtner, noch weitere Personen verhaftet werden sollen, die von dem Vorhandensein der Explosivstoffe in der Villa gewußt hätten. Das scheint aber, wie die „B. Z.“ mitzuteilen weiß, nicht der Fall gewesen zu sein, denn Weingärtner und der tödlich verunglückte Stammer haben sogar ihre nächsten Angehörigen darüber in Unklaren gelassen, was sie in dem Laboratorium experimentierten. Den Vieseranten, die die Sprengstoffe geliefert haben, haben Stammer und Weingärtner stets glaubwürdige Schreiben von Behörden vorgelegt, in denen bestätigt wird, daß die Firma Aufträge hatte.

Der gestern verhaftete Mitbesitzer der Unglücksvilla in Dahlem, Konrad Robert Weingärtner, wurde in das Untersuchungsgefängnis in Moabit gebracht und soll heute eingehend vernommen werden. Zunächst soll festgestellt werden, ob eine Katalanische Explosion noch nicht gelöst wurde, da verschiedene Sprengstoffe in der Villa beschlagnahmt worden sind.

Letzte Meldungen

Ueberschwemmungen im Elbegebiet

Hamburg, 10. Jan. Das Tauwetter der letzten Tage hat das Eis auf der Elbe in Bewegung gesetzt. An der Elbmündung staut sich das Eis, so daß die Schifffahrt sehr behindert ist. Weiße Sandflächen im Binnenlande sind überschwemmt. Bei Hamburg sind die Vänderen an der Stader Chaussee unter Wasser gesetzt. Mehrere Häuser sind von allen Seiten vom Wasser eingeschlossen. Man erwartet ein weiteres Ansteigen der Fluten. In der Gegend von Hammoo stehen die einzeln gelegenen Bauernhäuser vollkommen unter Wasser. Der Schaden ist außerordentlich groß. Stör und Sawinge führen hartes Hochwasser und überfluten die Ufer. In Oldenburg hat das Hochwasser beträchtlichen Schaden angerichtet. Die Dunte sowie die Rükensande sind allerorts über die Ufer getreten.

Tollwut-Epidemie in Lyon

Paris, 10. Jan. (Von unserem Pariser Vertreter.) Aus Lyon wird gemeldet: Seit einigen Tagen herrscht in Lyon und der Umgebung der Stadt eine wahre Tollwut-Epidemie. 33 Personen sind bereits von kranken Tieren gebissen worden und müssen sich einer Behandlung unterziehen. Fast die Hälfte wurde von einem kleinen herrenlosen Foxterrier angefallen, den ein Eisenbahnschaffner kürzlich in einem Schnellzug aufgefunden hat. Er lief in den Straßen umher und fiel 14 Personen und zahlreiche andere Hunde an. Schließlich gelang es, das Tier wieder einzufangen. Es verendete bald darauf in einem Tierhospital unter den deutschen Anzeichen der Tollwut. Von den Behörden wurden strenge Maßnahmen erlassen, um ein weiteres Ausbreiten der gefährlichen Krankheit zu verhindern.

Einkurz eines öffentlichen Bades

Paris, 10. Jan. (Von unserem Pariser Vertreter.) Aus Tlemcen (Algerien) wird berichtet, daß infolge der andauernden Regenfälle ein maurisches Bad zum Einkurz gebracht wurde in einem Augenblick, in dem sich zahlreiche gebadete Frauen in dem Bade aufhielten. Bis jetzt wurden 5 einheimische Frauen als Verletzte unter den Trümmern hervorgezogen. Man fürchtet, daß die Feuerwehre bei den Aufräumarbeiten noch auf weitere Opfer stoßen wird.

Lawinenunglücke in Italien

Rom, 10. Jan. Sechs römische Bergsteiger, die den Gipfel des Gran Sasso (Große Bergspitze in den Abruzzen) bestiegen wollten, wurden von einer Lawine verschüttet, wobei einer der Bergsteiger erstickte und die anderen verwundet wurden. Zwei Universitätsstudenten, die den Monte Visio bestiegen wollten, um in eine Unterkunftsstätte zu kommen, wurden von einer Lawine verschüttet und erstickte.



Deutsche Volkspartei

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, den 11. Januar, abends 8 Uhr, im Kasinoaal ein

Film-Vortrag von Kapitänleutnant a. D. Rumm über „Die Seeschlacht am Skagerrak“ stattfindet.

Der Vorstand.

Ausschuß für Volksmusikpflege

Zweites Symphoniekonzert

Das war nur eine wahre Musikpflege, denn Karl Schuberth hatte das Rauberwort gefunden, das und einführte in das Reich des neuzeitlichen Franz Schubert. Der bereits um 1817 vier Symphonien geschrieben hatte. Und die fünfte, die wir achtern hören — eine Zellenheit — atmete und den Wea, den der Symphoniker Franz Schubert innerhalb von zehn Jahren durchschrieb. Als der junge Meister seine B-Dur-Symphonie schrieb, waren es noch Gelehrten aus dem Wiener Wald, aber der saria Licht- und Viedesgenius Mozart übertrug ihm bereits manche Geheimnisse zu. Unter Generalissimo tat man. Ganz zu viel an ihn- und Her-Rückenden des Feitmahes, man hat diese ganze B-Dur-Symphonie früher nasser angenommen. Dendren ein wenig „weniger schneit“ im Wonnepflanztag; der neue Wiener Stil hat auch zu viel von Operetten-Motivum überkommen. Aber die aelme Durchführung war dennoch eine große Freude, und unsere Kammerpfundung verweilt so gerne bei solcher Musik, deren schäufner Mahana uns die Solabläteratur unserer Nationaltheater-Direktors gab ...

Dann kam eine Kostprobe aus der Musik, die Schubert einst an dem Rauberwort „Rasamunde“ schrieb. Das Schöne davon kennen wir alle durch die Musik an dem Wiener Volkslied vom „Dreimädelsaus“. Und hier gab uns Richard Verit mit dem alle „Subtilitäten ohne alle Subtilitäten“ hervorzuheben Nationaltheater-Direktor sein Werk. Wir waren zum Reiche des Wunderbaren, der Reize, Romantik ausgelassen. Wer man mit Worten ausdrücken, was uns Schuberts Tonwelt offenbar hat? Reist Mendelssohn's Schöpfungstakt führte und weit hinein in eine Wälderwelt der Planosche, und die Vollung von Walter Schreier'sche hahen. Wien wurde zur Reenstain des Dreiecks. Ohne Bild: ein junger Gelehrter, sehr musikalisch, mit großer Technik und einem Ton. Eine ganz kleine Titania, modern-nerudal! Auch Mendelssohn war ein Rauber, man spielt sehr viel falsche Einfindung — mit dem fraalichen Schaufelrhythmus — in Mendelssohn hinein.

Aber der junge Gelehrer aefiel allgemein, und als Dreiecksbehalter war Richard Verit unserer vollen Anerkennung wertig. Nebenfalls war der Absicht mit Reo La's Operntüre zu seinen „Kuhnen Weibern von Windsor“ ein Postreffer.

A. Bl.

Die Explosionskatastrophe in Berlin



Durch eine furchtbare Explosionskatastrophe wurde ein Wohnhaus in der Landsberger Allee in Berlin vom Keller bis zum Dach in Stücke gerissen, wobei mehrere Tote und Schwerverletzte zu beklagen sind.

Unsere Bilder zeigen das eingestürzte Haus von verschiedenen Seiten; auf dem oberen Querbild sieht man die mit Aufräumungsarbeiten beschäftigte Feuerwehr. Leider ist es bei dieser Explosionskatastrophe in Berlin nicht geblieben.



Wirtschaftliches • Soziales

Produktive Wingerhilfe

Vom Badischen Gastwirtsverband Karlsruhe wird uns mitgeteilt: Der Deutsche Städtetag ließ unter obiger Aufschrift in den letzten Tagen eine Mitteilung in den Tagesblättern erscheinen, die letzten Endes darauf abzielt, Propaganda für die Wiedereinführung der Weinsteuer zu machen. Man glaubt damit operieren zu können, daß man die Auswirkungen der seinerzeitigen Aufhebung der Weinsteuer in Frage stellt, und motiviert diese Aufhebung damit, daß sie dennoch nicht in der Lage gewesen sei, die Notlage der Winger zu beseitigen. Wenn diese letztere Tatsache zum Teil zugegeben werden mag, so lag dies vor allen Dingen daran, daß man in dem Augenblick, als man die berüchtigte Steuererleichterung in Bewegung setzte, auf der anderen Seite durch die Erhebung oder Neueinführung anderer Steuern schon dafür sorgte, daß eine Senkung der Weinpreise gar nicht möglich gewesen war. Es waren somit die allgemeinen steuerlichen Lasten, die eine Senkung des Preises verhinderten. Das darf aber keineswegs zu der Ansicht verführen, als ob auf die Dauer die Besteuerung des Weinsumms nicht aufgehoben werden kann. Gewiß stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß es eine so wohl volkswirtschaftliche wie auch soziale Ungerechtigkeit ist, das Bier sowohl mit der Reichsbiersteuer, wie auch mit einer örtlichen Biersteuer zu belasten, um den Weinsumms von einer speziellen Steuer auszunehmen. Das darf aber nicht dazu führen, daß man die Notwendigkeit einer Besteuerung des Weins in den Vordergrund schiebt, sondern muß zwangsläufig dazu führen, ähnlich wie seiner Zeit bei der Weinsteuer, auch die spezielle Besteuerung des Biers abzubauen. Zweifelslos muß die Besteuerung des Weinsumms gerade augenblicklich die nachhaltigsten Auswirkungen für den Wingerstand zeitigen.

Steuerliche Vorteile für Baulustige in Hessen

Zur Behebung der Bauwirtschaft im Jahre 1923 hat der Hessische Finanzminister die gleichen steuerlichen Begünstigungen wie in den Vorjahren zugelassen. Danach bleiben Wohnungsneubauten, die im Kalenderjahr 23 begonnen werden, für das zur Zeit der Fertigstellung laufende und für die nächstfolgenden fünf Rechnungsjahre auf Antrag Grundsteuerfrei. Entsprechendes gilt für den verhältnismäßigen Teil der Grundsteuer von solchen Neubauten, die nur zum Teil im Kalenderjahr 23 begonnen, in diesem Sinne als begonnen, wenn mit der Ausführung des Bauwerks angefangen wurde. Das behaute Grundstück wird während der Dauer der Steuerfreiheit des Neubaus zur Grundsteuer so herangezogen, als ob es ungebaut geblieben wäre.

Der Kampf um die Elektrizitätsversorgung im Saargebiet

Saarbrücken, 9. Jan. Der Kampf gegen das Eindringen der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) in das Saargebiet ist immer noch nicht abgeschlossen. Der Zweckverband Weiber-Zentrale trat dem RWE bei, wogegen sowohl seitens der Gewerkschaften als auch der politischen Parteien des Saargebietes lebhafter Widerspruch erhoben wurde, weil man der Ansicht ist, daß im Interesse der Saarholzwirtschaft ein einheitlicher elektrizitätswirtschaftlicher Zusammenschluß im Saargebiet erfolgen müsse, wofür bereits eine Dachgesellschaft, die Saarland-Lothringen-Elektrizitätsgesellschaft, geschaffen wurde. In einer von den saarländischen Bergarbeitergewerkschaften nach Mülheim einberufenen Versammlung sprachen sich nunmehr auch die Bergarbeitergewerkschaften mitglieder aus dem Zweckverband Weiberzentrale gegen den Anschluß an das RWE aus. In einer Resolution wurde festgestellt, daß die Verhältnisse der Gemeinderäte und der Zweckverbandsveram-

lung auf Anschluß an das RWE unter Voraussetzungen gesamt worden seien, die nach der inzwischen erfolgten Aufklärung als irreführend zu bezeichnen seien und daß der einheitliche elektrizitätswirtschaftliche Zusammenschluß im Saargebiet eine zwingende Notwendigkeit darstelle

Städtische Nachrichten

Das Drama am Paradeplatz

Schauspiel: Paradeplatz. Mitwirkende: Ein Bäckerbursch, ein Schiffsmitarbeiter, ein Schiffsbesitzer, ein Schiffsbesitzer und des Publikums, des immer dabei ist. Zeit: Morgens um vier Minuten vor acht.

Wie immer ist um die Zeit doch ein wirklich großer Verkehr. Alles rennt, alles rast und jeder will halt schnell dahin kommen, wo er hin muß. Was dieses rennen mit uns das ist die Elektrizität. Und weil die gar so arch langsam ist, so muß sich auch manchmal der Verkehr noch davor richten, das heißt mit anderen Worten, daß der Verkehr der Verkehr noch der Elektrizität richten muß. Und weil der ewig doch die größte Gewalt hat, so liegt sich bald alles was da herumwimmelt, seine Armbewegungen. Aber auch wider mit alles, denn es gibt doch immer wider Zeit, die noch ihrem eigenen Rhythmus handle und sich um nichts kümmern. Weit dann der Schiffsbesitzer der Verkehr weiter dirigieren muß, so holt er eine lahme Zeit, denn, die er mit folge, nochzugehen. Der mache sich auch manchen zu Ruh — um droh allem kanns emol schliefgebe, mer derf bloch an richtige gerode.

Also so holt an dem Vorbe de Schiffs mit de Kerm gewedelt, holt se noch rechts ablenkert und noch links ablenkert, um alles holt geplatzt, bis so en Schiffsbesitzer uff em Rad hoher gefahrt komme ist, um sich en Drech drauf abhaddert holt, ob de Weg freigewe worre ist oder nit. Saut an ere Elektrizität vorbei, an der grad Zeit ausgleichige fun und nit we niver iwer die Kreizung und weiter in der Richtung Schloß.

Aber mitte uffm Weg rennt er eme Bäckerbursch vunn der Zeit ins Rad,

daß des so verhoche ist, um mer holt wähne könne, die Bäcker wäre lah Adler mehr, sonner schunn mehr Zeitgehner. Die Bedacklin, die fleche im e große Wege uff die Gas um grad dem Schiffs vor die Fick. Unter Schiffsdrer fliecht auch vunn Rad runner, nit aber so schnell wider druff, als er gemerkt holt, was er anjagdelt holt, um nit wie ausgeriffe. Aber do holt mer was seche könne: der Bäcker schmeißt sein Rad vunn der Axel runner, um auch dem Schiffs vor de Fick, der so nit vunn Fick derf. Junide vunn Bedacklin um eme umschaltete Rad schdeht er do um regeld de Verkehr um bahd auch noch uff, daß nit geplat wird. Kewedrain) fährt des verbolterde Rad uffm Bodde rumm um der Vorick der rah wie de leibhaftige Deifel dem annere noch. Und der kann noch so secht netrete wie er will, des nitd em alles nit, am Kaufhaus ist er einjagelt, um werd rungeholt vunn sein Korrick. Dann awer kriagt er de Frage verweise, daß er mordsmäßig brüllt um um Hilfe schreit. Aber des nitd em alles nit, fahner kummt em zu Hilf, um als er genug hie holt, do dreht de Bäcker auch noch uffs Rad, daß des auch en Adler kriagt. Gemeinlich doddert er jedat wider zum Paradeplatz zurück, sammelt seine sewe Sache, nimmts Rad uff de Budel und lecht noch Dankshahn zum Schiffs. Und all die rum-schidanne fun, hawe gelacht um hawe sich afreet, daß der annere sei Bir gekriegt holt und se ware all der Ansicht, daß der ewelch viel mehr Wert hält, als en Schiffsbedel for drei Mark. Und jedem, der nit folge will, um der sich nit um die Verkehrsverhältnisse kümmern will, dem abdr die Frad verwehde, daß er sein) Reddoo dra)ndent. Um mer bette dann ball bessere Aufschänd uff unsere Schbrooke. H. J.

Der neue Stadtpfarrer von St. Joseph-Lindenhof. Erzbischof Dr. Carl Friß hat den Pfarrverweser Joseph Kossmann in Oberhormersbach zum Stadtpfarrer von St. Joseph-Lindenhof ernannt. Der neue Stadtpfarrer ist am 16. März 1890 in Furtwangen geboren und wurde im August 1912 zum Priester geweiht. Bis vor kurzem war er Generalsekretär des Verbandes der katholischen Jugend- und Jungmännervereine in Dillingendorf.

Tätigkeit der Berufsfeuerwehr. Nach Mitteilung des Städtischen Nachrichtenamts wurde die Mannheimer Berufsfeuerwehr im Monat Dezember 1922 27 mal alarmiert: elf mal nach der Innenstadt, acht mal nach der Neckarstadt, je zwei mal nach dem Jungbusch und nach der östlichen Stadterweiterung, je ein mal nach der Schwemingerstadt, nach dem Lindenhof, nach Neckarau und nach Rheinau. Nach der Art der Brände handelte es sich in sieben Fällen um Kleinfener, in vier Fällen um Kaminbrand. In sechzehn Fällen wurde die Berufsfeuerwehr zu sonstiger Hilfeleistung in Anspruch genommen. Der Krankentransportwagen wurde in 100 Fällen benötigt. Hiervon entfallen 16 Fälle auf Krankenanstalten, 23 Fälle auf öffentliche Straßen und Plätze, 304 Fälle auf Wohnungen, Fabriken usw., 12 Fälle auf auswärtig.

Erdwindeltes Mitleid. Unter Bezugnahme auf den Artikel im gestrigen Abendblatt wird uns von dem Sohne der alten Frau mitgeteilt, daß seine Mutter, die durchaus unbescholten sei, nur ihr Recht verlangt habe. Wenn sie durch die Behandlung, die sie durch den Geschäftsinhaber erfahren habe, erregt wurde, so sei das nur zu leicht zu begreifen. Seine Mutter sei ihrer Sache so sicher, daß sie durch einen Eid sich zum Recht verhelfen könne.

Eine Verkehrsstörung entstand am Montag nachmittag auf der Mannheimer Seite der Rheinbrücke dadurch, daß zwei Stiere plötzlich unruhig wurden. Die Tiere zeigten sich derart wild, daß sie den Fußher wiederholt auf den Boden warfen. Sie mußten schließlich einzeln über die Brücke geführt und von da mit dem Transportwagen weiter befördert werden. Der Betrieb der Straßenbahn wie auch der Verkehr der sonstigen Fahrzeuge auf der Brücke war auf die Dauer von einer Viertelstunde gestört.

Mysteriöser Vorfall. Nach telefonischer Mitteilung der Polizei Mannheim-Lindenhof wurde von einer Polizeipatrouille gestern abend gegen 11 Uhr wahrgenommen, daß auf der Ludwigshafener Seite beim Bootshaus der Ruder-Gesellschaft Ludwigschafen (früher Bäckersportverein) erst ein Revolverausbruch fiel und unmittelbar danach eine Frauensperson grelle Schreie ausließ. Die von der Polizei Ludwigschafen sofort vorgenommenen Erhebungen führten zu keinem Ergebnis. Ebenso war das mit starkem Aufgebot unternommene Absuchen des in Frage kommenden Geländes erfolglos.

Briefmarken, die unalig werden. Die Ziffernmarken zu 3, 5, 10 und 20 Pfennigen der Ausgabe 1923, ferner die mit dem Bild des verstorbenen Gründers der Reichspost, Staatssekretär Stephan, geschmückten Marken zu 10 und 20 Pfennig und die Rheinlandmarken zu 5, 10 und 20 Pfennig verlieren am 31. Januar ihre Gültigkeit.

Fastnachtveranstaltungen 1923. Wie der „Karlsru. Ztg.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist nicht beabsichtigt, für das Jahr 1923 einschränkende Bestimmungen für Fastnachtveranstaltungen zu erlassen. Damit wird im Grundsatze der Fortkriegszustand wiederhergestellt. Von dem gesunden Sinn der Bevölkerung darf aber erwartet werden, daß von der damit gegebenen Freiheit kein unangemessener Gebrauch gemacht wird und daß sie sich die Zurückhaltung auferlegt, die bei den nach wie vor ersenen Verhältnissen geboten ist. Die Polizeibehörden können nötigenfalls zur Verhütung von Ausschreitungen und Ordnungswidrigkeiten nähere polizeiliche Anordnungen treffen.

Öffentliche Funkberatungsstelle

Die auch in Mannheim stetig wachsende Zahl der Rundfunkteilnehmer bringt es mit sich, daß die Empfangsbedingungen in höherem Maße empfunden werden, denn abgesehen von der Zunahme der Störquellen (z. B. Radiomotoren von Staubsaugern und dergl. Hochfrequenzwellenapparate, Heizröhren und Biegelampen mit Birka-Regler) nimmt die Zahl derer zu, deren Funkempfang durch diese unerwünschten Sender gestört wird.

Veranstaltungen

Thaternachricht. Im Nationaltheater findet am Donnerstag eine Aufführung von R. Wagner's Oper Die Meistersinger von Nürnberg statt. Die Vorstellung dirigiert Kapellmeister Eugen Joseph von Stadttheater Kiel als Gast auf Anstellung für den neu zu besetzenden Kapellmeisterposten.

Der Filmvortrag, den Kapitänleutnant a. D. Rumm am morgigen Mittwoch im Kasinoaal hält, hat überall die günstigste Aufnahme gefunden. So schreibt das Kasseler Tageblatt u. a.: Die Seeschlacht am Flagerrat als einzige große Seeschlacht des Weltkrieges ist in den letzten Jahren häufig in öffentlichen Vorträgen erläutert worden.

Kommunale Chronik

Scharfes Mißtrauensvotum gegen einen Oberbürgermeister

In der Stadtverordnetenversammlung in Hörde (Westfalen) wurde gegen den Oberbürgermeister Freudenberg eine Resolution eingebracht, die gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenmehrheit vom gesamten Stadtverordnetenkollegium angenommen wurde und in der es heißt: Der Oberbürgermeister hat in der Eingemeindungsfrage ausschließlich seinen Standpunkt zur Geltung gebracht, obwohl der in wiederholten Beschlüssen festgelegte Mehrheitswille gegen eine Eingemeindung lautet.

Die Finanzlage der Stadt Speyer

Speyer, 7. Jan. Der für sämtliche Gemeinden der Pfalz zuständige Erzhändler hatte für die Ablosung der Marktschulden von allen Städten eine Anweisung um das Lebensende des Aufwertungsjahres, bei einer Ablosungssfrist von 20 Jahren, vom 1. Januar 1920 ab gerechnet, gefordert. Der Stadtrat Speyer hat gestern in öffentlicher Sitzung dahin entschieden, daß die Aufwertung des römischen Kuppelheiligtums nicht nur in der geschäftlichen Höhe, nämlich zum fünffachen Betrag des Nennwertes, erfolgen kann, sondern auch eine Ablosungssfrist von 20 Jahren. In der Begründung wurde angeführt, daß die Stadt am allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung nur gering beteiligt sei. Die Kanalisation erfordert noch etwa 25 Millionen Mark. Andere Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege seien noch zu erledigen, ebenso große Aufwendungen für die Erhebung des Verkehrs einzutreiben.

Badenburg, 9. Jan. Aus der jüngsten Gemeinderatsitzung ist zu berichten: Kenntnis genommen wurde von der Mitteilung der Tiefbau-Aktien-Gesellschaft J. Berger über Kündigung des mit ihr im Jahre 1923 abgeschlossenen Pachtvertrages bezüglich ihres von der Gemeinde gepachteten Geländes im Waldgarten. Die Aufsicht über die Bachregulierung, die stets durch einen Feldhüter zu erfolgen hat, wird Gemeinderat Bargdoll übertragen. Das von der Bahnhofsverwaltung Friedrichsfeld der Gemeinde kausal überlassene Schottermaterial auf der Weidstraße unterhalb Posten 73 soll zur Verbesserung der Feldwege verwendet werden.

Das Vermögen der Stadt Bad Dürkheim

Bad Dürkheim, 7. Jan. Am Freitag nachmittag trat der Stadtrat zu einer Sitzung zusammen, um zu veröffentlichen städtischen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Stellungnahme des Bezirksamts Dürkheim zum Vorschlag 1927/28. Das Bezirksamt hat in einem Schreiben das Budget nicht beantragt, jedoch erklärt, daß das Vermögen der Stadt nicht seinem angegebenen Wert entspreche. Insbesondere sei der Waldbesitz zu hoch angesetzt. Auch die Gebäude und Liegenschaften seien zu hoch bewertet. Nach den Ausführungen des Bezirksamtes besteht eine wesentliche Differenz. Das Bezirksamt legt seinen Berechnungen nicht den Vorkriegswert zugrunde, sondern schätzt die Werte im Verhältnis zu ihren Zinsen und Ragen. Bürgermeister Dabbe erklärt, daß das Bezirksamt sich im Irrtum befinde und läßt Stadtkassendirektor Stützer nachweisen, daß die Aufstellung und Wertberechnung der Stadt zutrefte. Der Hauptausgleich hat beschlossen, keine Änderungen vorzunehmen und es bei den alten Verhältnissen zu lassen. Diesem Beschluß stimmt auch der Stadtrat zu. Nachdem man den Verkauf von verschiedenen Bauplätzen und Häusern genehmigt hatte, bewilligte man 5000 M zum Ausbau der Bismarckstraße und nahm darauf die Rechnung des Obstmarktes entgegen, die sehr günstig abschließt. Weiter genehmigte man verschiedene Punkte, u. a. die Verpachtung der Almen, und gab seine Zustimmung zu der Einsetzung einer Prüfungskommission der städtischen Rechnung. Die Abrechnung für die Pokantoballe ergibt eine Mehrausgabe von 17761 M. Die beteiligten Gemeinden sollen um einen Nachschuß gebeten werden. In der nächsten Sitzung, die etwa in vierzehn Tagen stattfindet, wird der Stadtrat die Abrechnung des Weinbaukongresses entgegenzunehmen.

Die ersten Mängel der Plattenbauweise

Frankfurt a. M., 9. Jan. Der Magistrat hat beschlossen, den der Stadt vom Reich gewährten Unterstützungsbetrag von 800 000 M zur Förderung des Frankfurter Wohnungsvorhabens anzunehmen. Dieser Beschluß wird merkwürdig anmuten, wenn man gleichzeitig erfährt, daß in der vor kurzem fertiggestellten Siedelung in der Altenhainstraße, die in dieser Plattenbauweise erstellt ist und 300 Wohnungen umfaßt, von allen Bewohnern über aufsteigende Risse der Wohnungen geklagt wird. Die Wände besonders nach der Wetterseite zu sind total versplittert und müssen derart, daß das Wasser mehrmals am Tage fließen werden muß. Die Möbel vieler Einwohner sind dadurch teilweise verdorben und es besteht die Gefahr, ein Schadenverfall gegen die Stadt wegen der ruinierten Möbel einzuleiten.

Aus dem Lande

Reckarsimmern, 9. Jan. Oberst a. D. Ernst Freiherr von Gemmingen-Hornberg, Mitkämpfer der Feldzüge 1870-71 und 1914-18 ist in Badstadt im Alter von 78 Jahren gestorben. Die Beerdigung fand in Baden-Baden statt.

Eberbach, 9. Jan. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Bierbrauerei D. Wiswesser auf dem Reckarsbühl. Der schon über dreißig Jahre dort beschäftigte Bierbrauer Ludwig Ballmann brachte seinen linken Arm in das Getriebe der Kammeräder. Der Arm wurde so schwer verletzt, daß er in der Heidelberger Akademischen Klinik amputiert werden mußte.

Obrißheim bei Mosbach, 8. Jan. Die Kreisversammlung wird sich demnächst mit der Kreisbeihilfe für die neue Reckarsbrücke Obrißheim-Weidenheim in Höhe von 100 000 Mark zu befassen haben.

Grünfeld bei Taubertshofheim, 8. Jan. Der Dienstherr Bernhard Spitznagel wurde von einem jungen Pferde geschlagen, das ihm den Oberarmel zerquetschete.

Säckingen, 9. Jan. Der Wasserstand des Rheins ist am Oberrhein in den letzten Tagen stark zurückgegangen. Weite Uferstrände liegen trocken. Die Kraftwerke am Oberrhein und auch an der Aare haben ihre Arbeitsleistung bereits herabsetzen müssen.

Aus der Pfalz

Ludwigshafen, 10. Jan. In der Nacht von gestern auf heute gegen 1 Uhr verunglückte ein 29 Jahre alte ledige Kleinere von hier von der Rheinbrücke aus in den Rhein zu fliegen, nachdem sie sich zuvor Schrittwagen und am rechten Arm beigebracht hatte. Sie wurde von dem Brückenwärter daran gehindert und über Nacht in Volkshaus eingeliefert. Die Urhabe ist Trunkenheit.

Speyer, 9. Jan. Die Landesversicherungsanstalt der Pfalz hat in dem nunmehr abgeschlossenen Geschäftsjahr neben den gesetzlichen Leistungen für die 29 045 Teilnehmer in der Pfalz auf dem Gebiete der freiwilligen Leistungen eine vorbildliche soziale Tätigkeit entfaltet. Durch Unterhaltung und Verwirklichung der Heilanstalten, vor allem durch den Ausbau der Heilstätte Rumberg wurde namentlich der Bekämpfung der Lungentuberkulose größte Sorgfalt angewandt. Für freiwillige Leistungen sind insgesamt 600 734 M verwendet worden. Davon entfielen auf Heilverfahren einschließlich des Betriebes der Heilstätte Rumberg 600 425 M, auf allgemeine Maßnahmen in der Tuberkulosefürsorge, Sanftkurpflege, der Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten, Vereine usw., und Heilverfahren für Nichterkrankte und Kinder 80 719 M, für Heilleistungen 1946 M und für Invaliden- und Waisenpflege 4257 M. Die Reingehalts für freiwillige Leistungen, abzüglich der Erschließungen der Krankenkassen betragen sich auf 44 547 M. Heilverfahren wurden für 1691 Personen durchgeführt und zum Abschluß gebracht. In kändlicher Heilbehandlung befanden sich 517 Personen. In das Rinderheilverfahren wurden zur Unterbringung von 377 tuberkulösen, tuberkulosegefährdeten oder strafbilden Kindern in Heilstätten, Solbädern und Erholungsheimen Kurlorenzschüsse von 12 057 M geleistet. Ferner wurden Beiträge für Invalidenheilstätten aufgewandt, außerdem besondere Zuschüsse zur Förderung oder Durchführung sonstiger allgemeiner Maßnahmen zwecks Hebung des Gesundheitszustandes der versicherungspflichtigen Bevölkerung den in Betracht kommenden Organisationen gegeben. Zur Förderung des Wohnungsbauwesens, d. h. zum Bau von Familienwohnstätten wurden außerdem folgende Mittel zur Verfügung gestellt, an eine Baugenossenschaft 48 000 M, an Gemeinden 150 000 M und an Verleiher 233 450 M. Zum Zwecke einer intensiveren Tuberkulosebekämpfung wurden für Pfälzer Kurzie Fortbildungskurse im Tuberkulosekrankenhaus Rotherbach bei Heidelberg abgehalten.

Neustadt a. d. G., 8. Jan. Heute vorm. 5.15 Uhr wurde auf der Staatsstraße Volkmar-Kreuz bei dem Eisenbahnposten 1003 der Eisenbahnbeamte Josef Hagendücker von Kirmweller schwerverletzt aufgefunden. Allem Anschein nach ist er von einem Personenzug angefahren worden. Der Führer des Wagens ist bis jetzt unbekannt. Dagenbücher wurde mit dem Sanitätsarzt ins Krankenhaus verbracht werden. Die Verletzungen sind so schwer, daß der Verletzte noch nicht vernehmungsfähig ist.

Pandau, 8. Jan. Die der Polizeidirektion meldet, wurden im Laufe der Woche 6 junge Leute von auswärts wegen Fahrenvergehens beim Betteil in Haft genommen. Weiter wurden ein hier wohnendes Dienstmädchen unter dem Verdachte der Kindstiftung und ein junger Mann von hier wegen Diebstahlsverdachts festgenommen.

Nachbargebiete

Ober-Abtheilung l. D., 8. Jan. Der 70jährige Tagelöhner Leonhardt Schmitt von hier fuhr mit seinem Enkelkind, auf einem Handwagen sitzend, die steil abfallende Straße von hier nach Badenheim, um Holz zu holen. Der Junge verlor dabei die Gewalt über die Steuerung, wobei der Wagen mit voller Wucht die hohe Straßenböschung hinunterstürzte. Der alte Mann kam dabei so unglücklich zu Fall, daß er bewußtlos und schwerverletzt liegen blieb. Er wurde mit einem Wagen heimgebracht, wo er am anderen Morgen starb. Der Junge kam mit einigen Hautabrisuren und mit dem Schrecken davon.

Darmstadt, 8. Jan. Am ersten Weihnachtsfeiertag erlitt der 24jährige Dironimus Rot mit seinem 13jährigen Bruder Peter in Streit, wobei Dironimus seinem Bruder Peter eine Stichwunde am Daumen beibrachte. Es stellte sich Blutvergiftung ein, an deren Folgen jetzt Peter Rot im städtischen Krankenhaus starb. Dironimus Rot wurde heute abend in Haft genommen.

Darmstadt, 8. Jan. Aus dem Demwald wird während der letzten Tage orkanartiger Sturm gemeldet. Auf den Höhen ist der Sturm von Schneegewitter begleitet. An einzelnen Stellen zwischen Reunkirchen und Vandenau, zwischen Vandenau und Kolmbach und an anderen Stellen ist der Schnee bis zu 1 Meter Höhe zusammengeblasen. Aus Beerfelden wird gemeldet, daß durch den Sturm das Ortsnetz der elektrischen Leitung beschädigt wurde. Schwere Sturmschäden werden auch von der Bergstraße gemeldet. So wurde in Heppenheim an Hausdächern und Schornsteinen durch den Sturm erheblicher Schaden angerichtet. Die Bäume litten ebenfalls durch den Wirbelsturm; so wurde u. a. in Heppenheim in der Nacht zum Samstag ein ca. 75 Jm. Stammdurchmesser haltender Baum in einem Garten umgerissen. Der Baum riß die Mauer und das eiserne Gitter zusammen und stürzte auf die Verlethstraße. Personen kamen nicht zu Schaden.

Rim (Altenheffen), 8. Jan. Ein junges Paar sollte hier getraut werden. Die üblichen Vorbereitungen waren getroffen, und man sah hochgeklümmert die Braut entgegen. In der Nacht machte sich aber der Bräutigam aus dem Staube und ward nicht mehr gesehen.

Stuttgart, 8. Jan. Im Zusammenhang mit den Vorgängen bei der Stuttgarter Handwerkskammer ist der Sohn des früheren Kammerpräsidenten O. Wolf nach Weggebung von Urkundenfälschungen vor einiger Zeit ins Ausland geflohen. Nunmehr ist er, wie aus Ulm zu ersehen wird, in Karlsruhe festgenommen worden. Vermutlich wird er von dort aus ausgeliefert werden. Bis zur Beendigung des Auslieferungsverfahrens bleibt er dort in Haft.

Gerichtszeitung

Die Frau mit den drei Männern

Der Ehemann einer Bäckerin Eine seltsame Affäre beschäftigte das Schöffengericht Berlin-Mitte. Angeklagt war eine Frau Gut, Febrmann oder Sodom. Wie sie sich nennen soll, weiß die Angeklagte selbst nicht, denn sie ist dreimal verheiratet gewesen, ohne geschieden zu sein. Das erste Mal heiratete sie einen Juwelier namens Wilhelm Gut. Die Ehe war unglücklich, infolgedessen verließ sie ihren Mann im Jahre 1914. Beide Gattien führten voneinander nichts mehr, bis Frau Gut in Berlin-Siegahls als Bäckerin angestellt wurde. Dort soll nach einer späteren Behauptung eines Tones ein Beamter mit der Mitteilung erschienen sein, daß ihr Mann im Felde gefallen sei. Inzwischen hatte Frau Gut schon Herrn Febrmann kennen und lieben gelernt. Nunmehr glaubte sie, daß über die Ehescheidung nichts mehr im Wege läge. Sie heiratete Febrmann, aber die neuen Heiratsurkunden wurden sehr getrübt durch das plötzliche Erscheinen des angeblich gefallenen ersten Gatten. Dieser machte aber seine älteren Rechte nicht geltend, als er hörte, daß er inzwischen einen Nachfolger erhalten hatte, sondern leitete die Scheidungsklage mit dem Erfolg ein, daß seine Ehe geschieden wurde. Offiziell behauptete aber auch der zweite Mann die Ehe nicht, denn er besaß sich jetzt eines besseren und ließ seinerseits wegen des Bestandes der ersten Ehe seine Ehe für nichtig erklären, nachdem er seine Frau verlassen hatte. Doch Frau Febrmann hatte sich längst wieder getraut. Sie war eine dritte Ehe eingegangen, die übrigens inzwischen auch schon wieder geschieden ist. Zurzeit ist die Dame verlobt, um sich demnächst ein vierdesmal auf das Standesamt zu begeben. Mit dieser vierten Verlobung war jedoch die Sache nicht abgetan, denn inzwischen hatte sich die Staatsanwaltschaft der Ehen der Frau Clara angenommen und nach 10 Jahren eine Anklage wegen Bigamie erhoben.

Aus der Beweisaufnahme, die vor dem Gericht stattfand, verdient hervorgehoben zu werden, daß die Ehemänner einzeln und zwei ihre Aussagen verweigerten und der eine auf eine Frage des Vorsitzenden noch den Zusatz machte: Ich kann mich nicht erinnern, ob die Angeklagte meine Frau war, aber möglich ist es, daß sie es gewesen ist. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die mehrfachen Ehen der Angeklagten eine Haftstrafe von einem Jahr. Das Gericht kam aber zu einem Freispruch, weil nicht widerlegt werden konnte, daß die Angeklagte guten Glaubens war, daß ihr erster Mann im Felde gefallen sei und ihr zweiter Mann die Ehe für nichtig erklärt habe.

Abstriches Zimmer mit Krähelch, aber ohne Besatzung. Ein Kaufmann aus Ludwigshafen hatte, nachdem er aus dem Gefängnis entlassen worden war, sich unter Verkleidung falscher Tatsachen in Worms verschiedentlich möblierte Zimmer mit Frühstück gemietet, ohne sie bezahlen zu können. Außerdem hat er in mühsamer Weise die Fürsorge für entlassene Strafgefangene in Anspruch genommen. Das Strafgericht Worms erkannte auf 7 Monate Gefängnis mit Anrechnung der Untersuchungshaft.

Hohe Tat. Wegen einer toten Tat ist der 40 Jahre alte Fabrikmann Friedrich Sommerich aus Reiskam auf der Anklagebank des Amtsgerichts Speyer. Weil er im Mai vorigen Jahres auf der Verhauener Landstraße während der Vorbereitungen in der Dunkelheit den ihm mit seinem Fuhrwerk überholenden Landwirt Heinrich Busch aus Reiskam ohne jeden Anlaß einen Prügel auf den Kopf schlug, wobei Busch sofort bewußtlos zusammenbrach, wurden ihm wegen gefährlicher Körperverletzung 2 Monate Gefängnis aufgedient.

Mutige Areierei. Verschiedene Burken aus Ervolzheim und Weiskheim a. S. versuchten das Glück ihrer Töchter in Derrheim a. Hg. zu finden. Dies wurde aber von Derrheimer Burken für sehr unklar empfunden und sie ließen sich das nicht bieten. Die Eindringlinge wurden hinausgeschlagen, wobei Meiler und Gummilnappel eine Rolle spielten. Der Tager Hof von Herrheim erhielt von Meiler, Theobald, Ervolzheim einen Meiler, der bis in die Kieren drang. Wegen gegenseitiger Körperverletzung wurde verurteilt: Meiler (Theobald) zu drei Monaten Gefängnis, Meiler (Max) zu drei Wochen, beide aus Ervolzheim. Die drei übrigen Angeklagten zu Geldstrafen von je 40 M oder 10 Tage Gefängnis.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

